



GREEN BUDGET GERMANY

FORUM ÖKOLOGISCH-SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT

---

## **EU-FISCHEREIMINISTER VERSCHWENDEN STEUERGELDER FÜR ZERSTÖRERISCHE FISCHEREIPOLITIK**

PRESSEMITTEILUNG VOM 25.10.2012

**Jedes Jahr wird die Fischereiiindustrie in der EU mit rund einer Milliarde Euro gefördert. Mit dem Geld der Steuerzahler und Steuerzahlerinnen trägt die EU so zur Überfischung der Meere bei. Bei ihrem Treffen in Luxemburg am 22. und 23. Oktober ließen die EU-Fischereiminister erneut die Gelegenheit verstreichen, ein klares Zeichen für eine nachhaltige und zukunftsfähige Subventionspolitik zu setzen.**

**„Gegenwärtig schaffen die Fischereisubventionen falsche Anreize im Fischereisektor“**, kommentiert FÖS-Geschäftsführer Damian Ludewig. **„So, wie sie jetzt ausgestaltet sind, fördern sie die Überkapazität der Fangflotte und tragen zur Überfischung bei“**. Das FÖS kritisiert insbesondere die Förderungen für die Modernisierung von Schiffen, die die Fangkapazitäten weiter erhöhen.

Im Zuge der gegenwärtigen Neuregelung der Fischereisubventionen hätten die Minister die Gelegenheit gehabt, dringend notwendige Änderungen der bisherigen Förderpolitik auf den Weg zu bringen. Stattdessen verwässerten sie einen ambitionierten Vorschlag der EU-Kommission. Nach dem Willen der Minister soll es nun auch weiterhin für Fischer die Möglichkeit geben, ihre Schiffe mit öffentlichen Steuergeldern zu modernisieren.

Derzeit kommen vor allem einzelne Fischer in den Genuss von Fischereisubventionen. Wenig Geld steht allerdings für die Erhebung von Daten über Fischbestände und die Kontrolle von Flottenstärken zur Verfügung. Darüber hinaus kritisiert das FÖS, dass bei der Subventionierung von Fangschiffen aktuell kein Unterschied gemacht wird, ob die Flottenstärke den Fischbeständen angepasst ist oder ob sie bereits überfischt sind. **„Statt wie im Moment Überfischung zu fördern, müssen Subventionen in Zukunft vor allem für den Erhalt der Fischbestände eingesetzt werden,“** fordert dagegen FÖS-Fischereiexperte Sebastian Buschmann.

Diese Meinung teilen im Übrigen auch die EU-Bürger. Eine vergangene Woche vom FÖS durchgeführte Umfrage in sechs EU-Mitgliedstaaten zur öffentlichen Meinung zu Fischereisubventionen zeigte, dass die Befragten sich klar für einen Richtungswechsel in der gegenwärtigen Fischereipolitik aussprechen. In Deutschland kam die Umfrage u.a. zu dem Ergebnis, dass 75 Prozent der Befragten sich eher für Subventionen zur Aufrechterhaltung und Wiederherstellung von Fischbeständen statt zur Finanzierung der Flotte aussprechen (s.u.).

**„Die öffentliche Meinung der Bürger muss von den EU-Fischereiministern ernst genommen werden, wenn sie über die Zukunft der Fischereisubventionen entscheiden“**, fordert Sebastian Buschmann. **„Es liegt nun am Europäischen Parlament ernsthafte Reformen zu beschließen, statt wie die Fischereiminister den Status Quo aufrecht erhalten zu wollen“**. Ein endgültiger Beschluss zur Neuausrichtung von Fischereisubventionen in der EU wird im Frühjahr 2013 erwartet.

Ein ausführliches Briefing über die Ergebnisse der Umfrage finden Sie unter <http://www.foes.de/pdf/2012-10-15-Press-Briefing-Fischereisubventionen.pdf>. Die Originaldaten der einzelnen Länder finden Sie unter <http://www.foes.de/pdf/2012-10-Daten-Umfrage-Fischereisubventionen.pdf>.

Kontakt: Sebastian Buschmann, FÖS, [sebastian.buschmann@foes.de](mailto:sebastian.buschmann@foes.de), (030-76 23 991-46)

*Das FÖS versteht sich als Sammelbewegung unabhängiger Vordenker und ist gegenüber Entscheidungsträgern und Multiplikatoren Anstoßgeber wie Konsensstifter in der Debatte um eine ökologisch-soziale Marktwirtschaft. Das FÖS setzt sich dafür ein, die soziale Marktwirtschaft zu einer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft weiter zu entwickeln. Die Marktwirtschaft hat sich nach Auffassung des FÖS bisher als effizienteste Wirtschaftsform erwiesen. Um dem Menschen optimal zu dienen und gleichzeitig die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen, muss sie jedoch einen starken staatlichen Rahmen mit entsprechenden ökologischen und sozialen Leitplanken bekommen. Das FÖS unterstützt Bestrebungen, neben verlässlichen sozialen Sicherheitssystemen auch den Einsatz marktwirtschaftlicher Instrumente in der Umweltpolitik zu stärken.*

Falls Sie zukünftig keine Pressemitteilungen mehr von uns erhalten möchten, senden Sie uns bitte einfach eine kurze Mail an [foes@foes.de](mailto:foes@foes.de) mit der Betreffzeile "Presseverteiler abbestellen".